

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische neueste Nachrichten. 1946-1950 1948

171 (3.12.1948)

Chinesische Kommunisten im Vormarsch „Es ist zu einer Unterstützung noch nicht zu spät“

Nanking, 2. Dez. (AP) In der chinesischen Hauptstadt schienen am Mittwoch Vertrauen zu der neuen Verteidigungslinie zu haben. Die Regierungsbeamten packten ihre Sachen, Archive wurden für den Abtransport vorbereitet, und in diplomatischen Kreisen erwartete man innerhalb der nächsten 24 Stunden eine offizielle Ankündigung, daß die Stadt nicht mehr als sicher gelten könne. Die chinesische Regierung gab demgegenüber am Donnerstag bekannt, sie beschlicke trotz der kritischen militärischen Lage nördlich Nankings nicht, die Hauptstadt zu verlassen. Truppen der Nationalregierung kämpften nach Meldungen vom Donnerstag mit einer Vorabteilung von 50 000 Mann der kommunistischen Armee, die in die Provinz Szechuan nördlich der Städte Peking und Tientsin einrückte. General Fu Tsu-Yi, der Befehlshaber der Tschiang-kaischek-Verbände in Nordchina, meldete, daß die Kämpfe am Dienstag etwa 16 km südlich und 10 km nordwestlich von Kalgan, der Hauptstadt von Szechuan, begonnen hätten. In einem Nachtgefecht hätten die Regierungstruppen dem Gegen-

England verlängert die Militärdienstpflicht

London, 2. Dez. (AP) Das Unterhaus billigte am Mittwoch in zweiter Lesung die Regierungsvorlage über die Verlängerung der Militärdienstpflicht von 12 auf 18 Monate. Ein Antrag des linken Flügels der Labour Party, die Dienstzeit für die neue Ausbildungsperiode, die am ersten Januar beginnt, auf zwölf Monate zu belassen, wurde abgelehnt. Die zweite Lesung ist mit der Annahme der Regierungsvorlage gleichbedeutend. Verteidigungsminister A. v. Alexander sagte, die Regierung habe sich genötigt gesehen, von der einjährigen Ausbildung abzugehen, weil die verschärfte Spannung der weltpolitischen Lage es erfordere. Zum Abschluß der Debatte sagte Kriegsminister Emanuel Shinwell, die britische Armee werde nicht so gründlich ausgebildet, wie es sein müßte. „Ich glaube, es sei nicht so wichtig, was Molotov oder Bevin in ihren Kontroversen behaupten, es kommt vielmehr darauf an, welche Kraft hinter ihnen steht.“ Shinwell teilte mit, daß England jetzt in seinen überseeischen Armeeverbänden 200 000 Mann einberufen habe. Das ist etwa ein Viertel der gesamten bewaffneten Streitkräfte, die das Verteidigungsministerium am 1. Oktober auf 786 900 Mann bezifferte.

Lastenausgleich-Sofortprogramm angenommen

Bestimmungen zu Vermögensbelastung, Vorauszahlung, Unterhaltsbeihilfe und Verwaltungsapparat
Frankfurt, 2. Dez. (Dena) Mit großer Mehrheit hat das Plenum des Wirtschaftsrates am Mittwochabend das erste Gesetz zum Ausgleich von Kriegs- und Kriegesfolgen, das sogenannte Sofortprogramm zum Lastenausgleich, an. Für das Gesetz stimmten SPD, Zentrum und CDU, gegen das Gesetz FDP, DP, KPD sowie die Abgeordneten Quilling und Kühne (früher WAV). Die wesentlichen Änderungen gegenüber dem ursprünglichen Entwurf sind die Erhöhung der allgemeinen Belastung des gesamten vorauszahlungspflichtigen Vermögens von zwei auf drei Prozent und die Herabsetzung der Belastung des betriebsnotwendigen Vorratsvermögens auf vier Prozent. Stichtag für die Erhebung der Vermögensabgaben für den Lastenausgleich ist nach dem Gesetz der 21. Juni 1948. Die Leistungen im Rahmen des Sofortprogramms gelten als Vorauszahlungen für den Lastenausgleich. Die Vorauszahlungspflicht erstreckt sich auf eine allgemeine Vorauszahlung und eine Sonderauszahlung, die von dem Vorratsvermögen erhoben wird und unabhängig von der allgemeinen Vorauszahlung ist. Der sachlichen Vorauszahlungspflicht unterliegen land- und forstwirtschaftliche Vermögen, Grundvermögen und Betriebsvermögen im Sinne des Reichsbewertungsgesetzes. Als Betriebsvermögen sollen auch Bewirtschaftungsgüter angesehen werden, die nicht gewerblich betriebliehen, von denen aber angenommen werden kann, daß sie zum Verkauf oder Tausch verwendet werden. Bezüglich der eigenen Erzeugnisse bei land- und forstwirtschaftlichen Betrieben gilt diese Vorschrift jedoch nur für einen Überbestand. Das am Dienstag von den Neutralen gebildete Finanzkomitee zum Studium des Berliner Währungsproblems hat inzwischen für Mittwochabend seine erste Sitzung abgehalten. Die sechs Neutralen und der Generalsekretär der Vereinten Nationen sollen in dieser siebenköpfigen Gruppe verhandeln. Aus amerikanischen Kreisen verlautet inzwischen, die drei Westmächte würden in Kürze eine informelle Note an den neutralen Finanzausschuß senden, worin die Elemente anschließend eine Demonstration der Verweigerung der Stadtverwaltung hinausliefern. Der amerikanische Kommandant in Berlin, Oberst Frank L. Howley, erklärte dazu: „Wir schließen uns der rechtmäßigen Stadtverwaltung an. Wir sind gestern nur im Stadthaus geblieben, um Zeuge der illegalen Maßnahme der Kommunisten zu sein, die Vertreter des rechtmäßigen Magistrats aus dem Stadthaus auszusperrten.“ Zwischenfälle bei Wahlen
Bei einer Wahlversammlung der sozialdemokratischen Partei in Berlin-Neukölln, Oberst Frank L. Howley, erklärte dazu: „Wir schließen uns der rechtmäßigen Stadtverwaltung an. Wir sind gestern nur im Stadthaus geblieben, um Zeuge der illegalen Maßnahme der Kommunisten zu sein, die Vertreter des rechtmäßigen Magistrats aus dem Stadthaus auszusperrten.“

Kompromißbereitschaft in der Ruhrfrage Frankreichs Vorschläge wurden „wohlwollend“ erwogen

London, 2. Dez. (AP) Die französischen Vorschläge für eine erweiterte Kontrolle der Ruhrindustrie sind am Mittwoch in einer dreistündigen Sitzung der gegenseitigen in London tagenden Vertreter der sechs Mächte „wohlwollend“ erwogen worden, wie ein amerikanischer Sprecher erklärte. Doch äußerte, wie der Sprecher hinzufügte, keiner der Delegierten eine konkrete Stellungnahme zu diesen Plänen über die auch keine Beschlüsse gefaßt wurden. Die amerikanische Delegation erwarte noch endgültige Anweisungen aus Washington. Die französischen Vorschläge, die sich hauptsächlich auf die Zeit nach Beendigung der militärischen Besetzung Deutschlands beziehen, werden von dem amerikanischen Sprecher wie folgt zusammengefaßt: 1. Eine erneute Konzentration der Wirtschaftsmacht muß verhindert werden. 2. Kein Deutscher darf wieder an verantwortlicher Stelle in der Verwaltung der Ruhrindustrie gelangen, der die Nazi-Aggression förderte. 3. Während gleichzeitiger eines hohen Kohlen- und Koks-Ertrags ermutigt werden soll, muß Produktion, Investition und Planung der Ruhrindustrie eine gewisse Kontrolle ausgeübt werden, um ein übermäßiges Anwachsen der Stahlindustrie zu verhindern. Gegen die beiden ersten Punkte des französischen Vorschlags seien keine Einwände erhoben worden, wie der amerikanische Sprecher mitteilt. Sowohl die europäischen Wirtschaftsausschüsse als auch die Vereinigten Staaten hätten Verständnis für Frankreichs Wunsch nach Sicherheit. Ein Sprecher der Benelux-Staaten habe die französischen Vorschläge unterstützt, die viel für sich in deren Durchführung beraten werden sollte. Der letzte französische Punkt betreffe eine ganze Reihe verschiedener Probleme, sagte der amerikanische Sprecher. Er müsse mit dem Nordatlantischen Pakt, dem Europäischen Wirtschaftsausschuß, dem Reparationsprogramm, den Plänen für die Gewährleistung der Sicherheit gegen eine neue deutsche Aggression und mit einer möglichen Viermächte-Regelung der gemeinsamen Wirtschaft zusammengefaßt werden. Obgleich die Franzosen am Mittwoch keine weiteren Erläuterungen zu ihren Plänen gaben, wird in alliierten diplomatischen Kreisen die Vermutung laut, Frankreich werde sich „auf halbem Wege entgegenkommen“.

England verlängert die Militärdienstpflicht

London, 2. Dez. (AP) Das Unterhaus billigte am Mittwoch in zweiter Lesung die Regierungsvorlage über die Verlängerung der Militärdienstpflicht von 12 auf 18 Monate. Ein Antrag des linken Flügels der Labour Party, die Dienstzeit für die neue Ausbildungsperiode, die am ersten Januar beginnt, auf zwölf Monate zu belassen, wurde abgelehnt. Die zweite Lesung ist mit der Annahme der Regierungsvorlage gleichbedeutend. Verteidigungsminister A. v. Alexander sagte, die Regierung habe sich genötigt gesehen, von der einjährigen Ausbildung abzugehen, weil die verschärfte Spannung der weltpolitischen Lage es erfordere. Zum Abschluß der Debatte sagte Kriegsminister Emanuel Shinwell, die britische Armee werde nicht so gründlich ausgebildet, wie es sein müßte. „Ich glaube, es sei nicht so wichtig, was Molotov oder Bevin in ihren Kontroversen behaupten, es kommt vielmehr darauf an, welche Kraft hinter ihnen steht.“ Shinwell teilte mit, daß England jetzt in seinen überseeischen Armeeverbänden 200 000 Mann einberufen habe. Das ist etwa ein Viertel der gesamten bewaffneten Streitkräfte, die das Verteidigungsministerium am 1. Oktober auf 786 900 Mann bezifferte.

Berliner Separatverwaltung macht Lösung der Krise schwierig

Washington, 2. Dez. (AP) Der stellvertretende amerikanische Außenminister Robert Lovett sagte am Mittwoch auf einer Pressekonferenz, wenn die „Sowjets glauben, daß diese Handlungen uns in den Entschluß, uns nicht aus Berlin zu vertreiben zu lassen, wankend machen können, so irren sie sich.“ Ein hoher Vertreter des State Department, der nicht genannt werden kann, sagte jedoch, die Bildung einer Separatverwaltung im Ostsektor Berlins durch die Russen mache eine Lösung der Berliner Krise schwierig, wenn nicht sogar unmöglich. Nach diesem Vertreter kann die Bedeutung des russischen Vorgehens in folgenden Punkten zusammengefaßt werden: 1. Die abrupte Einsetzung eines neuen Magistrats im russischen Sektor von Ostberlin ziele auf die russische Bevölkerung, was sie zu erwarten habe, wenn die Westmächte ihre Besatzungstruppen abziehen würden. 2. Diese neue Verwaltung würde nach der bekannten Einschüchterungsmethode errichtet, wie sie in den sowjetischen Gebieten Osteuropas entwickelt worden ist. 3. Der Zeitpunkt dieses Schrittes kann im Hinblick auf die Bemühungen der Vereinten Nationen um eine Lösung der Berliner Krise kaum als zufällig empfunden werden. Das State Department sieht in dem sowjetischen Schritt das Bestreben, die Stadt in Ost und West zu teilen.

Dr. Maier: Enttäuschung über Bonn „Die württembergisch-badische Regierung hat nicht das geringste Interesse an Dr. Schacht“

Stuttgart, 2. Dez. Ministerpräsident Dr. Reinhold Maier sprach in einer Pressekonferenz am Donnerstag über die aktuellen Probleme des Tages. Alle Ministerpräsidenten, auch die von der französischen Zone, waren enttäuscht über die lange Dauer der Bonner Beratungen. Maier würde man sich um Formulierungen bemühen, während es den Regierungen auf den Nägeln brenne. Die wirtschaftlichen Verhandlungen haben ergeben, wie notwendig eine verantwortliche Spitze in der Trizone sei. Das Bonner Statut solle besonders die Wirtschaft auf aktionsfähig machen. Wenn wir 1952 schon wieder auf eigenen Füßen stehen sollen, sei Elle geboten. Die Ministerpräsidenten seien deshalb bei dem Bonner Gremium „von Anfang an“ tätig gewesen. Die Verhandlungen bis spätestens 15. Dezember zu beenden. Ob die Militärgouverneure den Vorschlag gegenzeichnen, die neue Verfassung gegen Zeitmangel ohne Volksabstimmung nur von den Ländern genehmigen zu lassen, ist noch unklar. Ministerpräsident Dr. Maier persönlich ist für eine Volksabstimmung eingetreten. Nachdem in Frankfurt nun eine Art Neufassung des Prestelbereitschaft angenommen worden sei, habe sich ein Justizkollegium zur Koordinierung gebildet, das beschlossen hat, vor allem soziale Gesichtspunkte zu berücksichtigen. Der Kostenteil und der Gewinn darf keine preistreibenden Charakter tragen. Die größte Sorge bereite der Regierung die Verwirklichung der Militärdienstpflicht. Die Wirtschaft sei von allen Seiten größerer wirtschaftlicher Freiheit erwartet worden, die sich auf dem Gebiet der Ernährung als trügerisch erwiesen habe. Der Regierung aber sind in dieser Zeit die Zügel aus der Hand gegitten. 7 Millionen t Brotgetreide benötigt Westdeutschland, die Hälfte davon werde importiert. Die zweite Hälfte müsse und könne aus eigener Ernte gedeckt werden. Da eine Veröffentlichung der Militärgouverneure zu erwarten sei, wonach bei ungenügender Ablieferung eine Getreideeinfuhrsperrung erfolgt, würden zur Zeit vom Landwirtschaftsministerium neue Maßnahmen geplant. Württemberg-Baden habe in den letzten Jahren am besten abgeliefert und deshalb eine höhere Brotration erhalten. Zum Fall Schacht sind wir wie der Blinde zur Ohrfeige gekommen, sagte Dr. Reinhold Maier. Die württembergisch-badische Regierung habe nicht das geringste Interesse an Dr. Schacht, der nie bei uns gewohnt habe. Nur durch einen leichtsinnigen Art, nach Württemberg zu reisen, ohne sich zu vergewissern, ob er freies Geleit habe, hätte sich das Verteidigungsministerium mit dem Fall beschäftigt müssen, denn damals wäre es unmöglich gewesen, Schacht nicht zu verhaften. Die Anschuldigungen in der „Hamburger Zeit“ gegen die württembergisch-badische Regierung seien völlig unbegründet. Zu keinem Zeitpunkt habe sich Dr. Maier in die Angelegenheiten des Befreiungsministeriums gemischt. Der Artikel in der „Zeit“ übersehe völlig, daß Schacht die verhängnisvolle Entwicklung im Dritten Reich in hohem Grade beeinflusst habe. Wenn ein Mann vom Ansehen Schachts zu Beginn des Geldausgaben des Dritten Reiches gegenüber kategorisch nein gesagt hätte, wäre die gesamte Finanzpolitik des Dritten Reiches die Voraussetzung zur Entwicklung gewesen sei, unmöglich geworden. Funk hätte den Herren der Banken nicht importiert. In diesem Sinne sei Schacht Hauptschuldiger. Zum Schluß versicherte der Ministerpräsident noch, daß in Württemberg-Baden nicht die geringsten Anhaltspunkte einer Remilitarisierung zu beobachten seien. Selbst eine Kasernierung von Polizeileuten in kleinstem Rahmen sei von amerikanischer Seite nicht genehmigt worden. Die Ansicht von Kogon hält er für Wunschströmung oder Selbstenbeben, denn irgendwie müßten Soldaten doch in Erscheinung treten.

Frankreichs Ansichten

Paris, 2. Dez. (AP) Eine hochgestellte französische Persönlichkeit erklärte, die von den Sowjets veranlaßte Teilung Berlins zwinge den Sicherheitsrat, nach „einem Neuen“ in der Lösung der Berliner Krise zu suchen. Zugleich mit seiner Ansicht, daß eine Kompromißregelung der Währungsfrage immer noch möglich sei, äußerte der hohe französische Beamte die Erkenntnis, daß die Bildung einer rechtmäßigen Stadtverwaltung im sowjetischen Sektor das Berliner Problem „sehr viel schwieriger“ gemacht habe.

Anderung des Vetorechts möglich

Paris, 2. Dez. (AP) Argentinien hat am Mittwoch im zweiten politischen Ausschuß der UN-Vollversammlung eine allgemeine Konferenz zur Revision der Charta der Vereinten Nationen vorgeschlagen. Die Revision soll zu einer Änderung des Vetorechts führen. Der argentinische Delegierte, Dr. Jose Arce, weist in der von ihm vorgelegten Entscheidung auf die Schwierigkeiten hin, die der Arbeit der Vereinten Nationen durch die gegenwärtige Handhabung des Vetorechts entstanden sind. Im zweiten politischen Ausschuß sprach sich der Sowjet-Union und ihre Satelliten sowie Australien, Neuseeland und verschiedene südamerikanische Staaten dafür aus. Die UN-Wirtschaftskommission für Asien und den Fernen Osten beschäftigte sich am Mittwoch mit einem von Ar-

Im Telegrammstil

Washington. Der amerikanische Heeresminister Kenneth Royall wird mit dem Befehl der Militärregierung nach Deutschland kommen und in Berlin, Frankfurt und Heidelberg Besprechungen führen (AP).
New York. Der Vizepräsident der Weltbank, Robert Garner, bezifferte die diesjährigen Exporte der USA auf schätzungsweise 17 Milliarden Dollar, während die Importe nur 10 Milliarden erreichen würden (AP).
London. Der Unterstaatssekretär im britischen Außenministerium, Mayhew, lehnte im Unterhaus den Vorschlag ab, Großbritannien Kriegsmateriallieferungen an die Sowjetunion einzustellen, bis eine Berliner Blockade aufgehoben ist. — Der Fußball-Länderkampf England — Schweden endete mit einem 5:0-Sieg der Insulaner (Dena).
Paris. Großbritannien hat dem französischen Plan für ein europäisches Parlament zugestimmt, verlautete aus Kreisen, die dem hier tagenden Ausschuß für die Einheit Westeuropas naheliegen (Dena).
Damasus. Das syrische Kabinett des Ministerpräsidenten Jamil Mardam Bey ist am Mittwoch zurückgetreten (AP).
Beirut. In den Straßen der syrischen Hauptstadt kam es am Mittwoch, dem Jahrestag des Palästina-Teilungsbeschlusses der Vereinten Nationen zu Massenunruhen. Die Menge forderte die Wiederaufnahme des Krieges gegen die Juden. Drei Personen wurden bei den Unruhen getötet, fünf andere verletzt (AP).
Bangkok. Der siamesische Ministerpräsident Feldmarschall Luang Pibul Songgram schloß am Donnerstag die Neubildung seines Kabinetts ab, nachdem 19 Regierungsglieder am 28. November zurückgetreten waren (Dena-Reuters).

Steuerermäßigungen in Sicht

Von unserer Frankfurter Redaktion
Frankfurt a. M., 2. Dez. Der Wirtschaftsrat wird sich am Freitag mit dem ersten Lesung eines Gesetzes über die Senkung des Einkommen- und Lohnsteuerbefreiungsbetrags befassen. Die Vorarbeiten für Finanznen vorgeschlagen ist. Nach diesem neuen Plan würde das bei einem Einkommen von 4000 DM der Steuersatz von 900 auf 750 DM, bei 7200 DM von 1850 auf 1550 DM, bei 13 000 DM von 3000 auf 4200 DM, bei 30 000 DM von 16 000 auf 15 500 DM senken. Diese Steuersätze gehen auf den ursprünglichen deutschen Vorschlag zurück, der seinerzeit jedoch vom Zweimächtekontrollrat abgelehnt wurde.

Kurz beleuchtet

Große Dinge werfen ihre Schatten voraus. An drei — räumlich getrennten — Orten wird um die Erhaltung unserer Welt gekämpft: in Paris, in Berlin und in China. Während man in Paris bestrebt war, unter dem Deckmantel von Worten der Hoffnung der Völker auf Frieden neue Impulse zu geben, zeigten die Vorgänge in Berlin und auf den Kriegsschauplätzen im Osten unverhüllt die Situation, wie sie wirklich ist: unüberbrückbare Gegensätze zwischen einer Macht, die dem Phantom der Weltbeherrschung nachjagt, und der a l l e Mittel recht sind, die diesem Ziel näherbringen; und einer Welt von Völkern, die nichts verbindet, als die Liebe zur Freiheit. Nicht trockene Ideologien sind entscheidend, für uns alle steht unsere Existenz auf dem Spiel. Schon heute kann man sagen, daß die Vereinten Nationen nicht imstande waren, eine befriedigende Antwort zu finden auf die Frage: Wie geht es weiter? Nachdem sich die Beziehungen zwischen Ost und West zusehends verschärfert haben, gibt es keine Zweifel über die Tendenz der Entwicklung: China gibt eine Vorstöße auf die Frage: Wie geht es weiter? So schnell als möglich die Quertreiber im Osten zu treffen, aber das ist nur möglich, wenn man sie mit ihren eigenen Waffen bekämpft. Auf einen großen Klotz, gehört ein großer Klotz. Sie-



Fritz Ebert, der Sohn des früheren Reichspräsidenten Paul Ebert, wurde von den 5820 Stadtverordneten des Berliner Magistrats zum Oberbürgermeister des Ost-Magistrates gewählt. (Dena-Bild)

NEUESTE NACHRICHTEN

Zentralproblem Ruhr

Es wäre die Politik der Unwirklichkeit auf die Spitze getrieben, nicht einzusehen, daß der zusehends verschärfte, aus der Sache selbst, wie aus der gefährlichen internationalen Lage, ergibt sich die unerlässliche Notwendigkeit, eine Einigung der westlichen Alliierten über alle noch bestehenden Differenzpunkte zu erzielen. Im Osten wird gehandelt nach volkdemokratischer Weise, im Westen wird verhandelt nach demokratischer Art, über den europäischen Rat, das europäische Parlament, über den Militärpakt der Westunion, aber der Schlüssel zu einer Generalvereinbarung scheint offenbar in einer Verständigung über das Ruhrproblem zu bestehen. An sich hätte das Schlußprotokoll zu den Londoner Deklarationen im Sommer dieses Jahres unter der Zustimmung der französischen Delegation eine provisorische Lösung gefunden. Aber die französische Kammer stimmte unter viel Vorbehalten und Einschränkungen und dann nur mit acht Stimmen Mehrheit den Londoner Erklärungen zu und auch nicht die Sache wegen, sondern einmal, um den französischen Außenminister, der damals noch Bidault hieß, nicht Lügen zu strafen und zum andern, um Frankreich nicht in eine hoffnungslose Isolation geraten zu lassen. Der Beschluß der beiden Militärregierungen, in absehbarer Zeit die Ruhr zurückzugeben, hat nun in Frankreich einen erheblichen Schock hervorgerufen. De Gaulle und seine Gegenspieler Thorez und Duclos haben nicht versäumt, Öl ins Feuer zu gießen. Die Folge davon war ein Protest des inzwischen an die Stelle von Bidault getretenen Robert Schuman, um eine gründliche Abänderung des ursprünglichen Beschlusses zu erreichen. Frankreich sieht die Ruhr nur unter politischem Aspekt. Es denkt an die Kanonen, die dort gelagert wurden und einige Male auf die Franzosen geschossen haben, an das Neuaufleben des Nationalismus und der daraus sich ergebenden Konsequenzen. Es sieht gebannt auf den Rhein und übersieht dabei die dem gesamten westlichen Europa drohende Gefahr von der Oder-Neiße-Linie her. Der aufgeschlossene Standpunkt des Amerikaners geht von der Sanierung der europäischen Wirtschaft aus, hat nun im Recht die Wichtigkeit der Ruhr für den europäischen Wiederaufbau. Er weiß, daß an der Ruhr nicht nur Gruben und Stahlwerke sind, sondern vor allem Menschen, ohne deren Arbeitseifer und innere Anteilnahme weder Kohlen noch Stahl in genügender Menge erzeugt werden können. Daraus schließt er, und daher auch die Absicht, die Werke in deutsche Treuhänderschaft zu übergeben, die Notwendigkeit, das Interesse der Deutschen an einer möglichst hohen Produktion, die die Europa notwendig ist, durch Übertragung von Rechten zu vertiefen. Denn ohne Rechte wären die Holen, und mit solchen kann weder eine deutsche Demokratie noch Europa wirtschaftlich aufbauen. Er denkt auch an die amerikanischen Steuerzahler, der viele Milliarden Krone in die Sanierung der europäischen Wirtschaft zu stecken, aber trotz allem nicht gesundem Verstand, wenn die Ruhr nicht zur Vollleistung entwickelt wird. Wir finden, daß die amerikanische Auffassung durchaus realpolitisch und die französische weder den europäischen noch den zukunftsnotwendigkeiten entspricht. Die Rechte an der Ruhr wird, weil Kontrollen und Bannung jeglicher imaginären Gefahr und der freiwilligen Mitwirkung der Deutschen eingebaut werden können. Die Amerikaner haben dem französischen Sicherheitsstreben entgegen, als sie in die Ruhrkontrolle eingestiegen, schon französische Gründe aufgeführt, schon französische Delegierte auf dem Londoner Konferenz haben damit über die Londoner Deklarationen hinaus eine Vorleistung auf die Vereinigung der drei westlichen Zonen gegeben, die noch ergänzt werden können durch Schaffung besonderer Kontrollen. Aber wir können uns keinen Kompromiß denken, der die sowieso schon nahezu unerträglich beschnittenen Rechte der Deutschen so einengen würde, daß praktisch nur Pflichten übrig blieben. Wenn aber schon europäische Interessen internationalisiert, dann unter Einbeziehung aller Reviere des Westens, sowohl des Saargebietes, wie Belgiens, Luxemburgs

Europäischer Vierjahres-Plan

Die „Financial Times“ befaßt sich mit der schlechten Aufnahme, dem der britischen Vierjahresplan für den Wiederaufbau Europas, insbesondere in Frankreich, gefunden hat. Die Kritik richtet sich vor allem gegen die Absicht Großbritanniens, sein Vorkriegs-Handelsdefizit von etwa 150 Millionen Pfund Sterling in einen Marshall-Plan-Überschuß von zwölf Millionen Pfund Sterling umzuwandeln. Man könne zwar verstehen, so schreibt das Blatt, daß der Versuch Großbritanniens, seine Zahlungsfähigkeit auf Kosten der übrigen europäischen Marshall-Plan-Staaten zu verbessern, aber Ablehnung stößt, doch könne man umgekehrt verlangen, daß es sich für die Zahlungsfähigkeit der europäischen ERP-Staaten auf Kosten Großbritanniens einsetze. Die „Financial Times“ untersucht sodann die Möglichkeit, ob Europa in der Lage sei, bis zur Beendigung der Marshall-Hilfe im Jahr 1952 die gesamteuropäische Handelsbilanz ins Gleichgewicht mit der Umwelt zu bringen, und kommt zu der Auffassung, daß Europa die Produktion von Luxuswaren aller Art einstellen müsse, um dieses Ziel zu erreichen. Großbritannien sei in dieser Hinsicht gutem Beispiel vorangegangen und habe die Erzeugung von Gütern eingestellt, die sich das britische Volk nicht leisten könne und für die außerhalb Großbritanniens keine Absatzmärkte vorhanden seien. Die Stellung Westeuropas innerhalb der Weltwirtschaft habe in den letzten zehn Jahren eine grundlegende Änderung erfahren, der sich die Wirtschaftsstrukturen der westeuropäischen Länder anpassen müßten. Zu der Möglichkeit erhöhter Exporte der westeuropäischen Staaten nach der westlichen Hemisphäre schreibt die „Financial Times“, „eine realistische Prüfung der Absatzmöglichkeiten auf dem amerikanischen Markt lasse erkennen, daß Westeuropa eine beträchtliche Umschichtung seiner Produktion von Luxus- und Halbluxuswaren auf lebenswichtige Güter nehmen müsse. Frankreich, so schließt der Artikel, könne zwar von Großbritannien erwarten, daß seine Schwierigkeiten erwerbslos zu erkennen, daß alle im Zusammenhang mit dem britischen Importprogramm Frankreich nicht vor dem Verfall bewahren könnte, denselben schweren Weg des Wiederaufbaus einzuschlagen, den Großbritannien gewählt habe.“

Frankreichs Innenpolitischer Horizont

Frankreichs Innenpolitischer Horizont bietet augenblicklich wieder einen hoffnungsvolleren Ausblick. Durch ihr gezieltes Vorgehen gegen die politischen Streiks hat die Regierung bewiesen, daß sie in der Lage ist — ohne Retter oder Führer — die Republik gegen die kommunistischen Anstürme zu verteidigen. Die Parteien sind dabei entschlossen, keine autoritären Methoden anzuwenden, selbst im Kampf gegen die kommunistische Anstürme zu verteidigen. Die große Stärke der Demokratie liegt. Berührend wirkt auch eine gewisse wirtschaftliche Stabilisierung. Man hat das Gefühl, daß die Preise nun doch ihren Höhepunkt erreicht haben und sich langsam ein einigermaßen erträgliches Gleichgewicht zwischen Kaufkraft und Preisen herstellt. Das Warenangebot ist ausreichend und beginnt langsam auf die Preise zu drücken. Dazu kommt die günstige Wirkung der Marshallhilfe, die gleichzeitig die anti-inflationistische Finanzpolitik der Regierung ihre Früchte trägt. Die Niederlage des Kommunismus ist machtpolitisch noch entscheidender als die, die im Dezember 1947 zur großen Gewerkschaftspaltung führte. Ausschlaggebend waren hierfür weniger die Enthaltungen Innenminister Jules Moch — es ist schließlich schon lange ein offenes Geheimnis, daß die Kommunisten für den Weltfrieden wichtige Werkzeuge der sowjetischen Machtpolitik sind — als der steigende Widerwille der Arbeitermassen, sich von den Kommunisten zu politischen Zwecken und nicht zum Wohle der Arbeiter zu drücken. Die Kommunisten sind in Frankreich durch die Wiederaufnahme der Arbeit in den Kohlezechen entgegen den Befehlen des CGT, durch das völlige Scheitern der Streikpropaganda bei den Eisenbahnen und bei den Post- und Fernsprechanlagen, durch den aufgezogenen Druck auf den bereits ausgerufenen Dokarbeiterstreik und nicht durch den Beweis seiner Abhängigkeit von Moskau. Man wird schließlich nicht das Bürgerium von der kommunistischen Gefahr überreden, sondern die Arbeiterklasse. Dafür genügt aber nicht allein eine geschickte Propaganda, sondern es bedarf außerdem einer sozial tragbaren und wirtschaftlich gerechten Lohnpolitik, nicht nur in Frankreich.

Gegen links und rechts

Wirtschaftspolitisch beunruhigt und weiß nicht recht, was es unter der immer wieder vorgebrachten Formel der „Association“ von Kapital und Arbeit verstehen soll. Die Ablehnung der gaullistischen Außenpolitik durch London und Washington ist schließlich in ihren innenpolitischen Auswirkungen nicht zu unterschätzen. Vor wenigen Wochen glaubte man noch, daß die westlichen Alliierten die Machtgreifung des Generals ein dauernden Chaos in Frankreich vorzuziehen und ihn daher wenigstens indirekt unterstützen. Heute ist man sicher, daß Großbritannien und die USA nicht unterlassen werden, um die von de Gaulle drohende Untergrabung des Marshallplanes und des Atlantikpaktes zu verhindern. Unter diesen Voraussetzungen bedarf es keiner besonderen Auseinandersetzung mehr mit den Ansichten des Generals über Deutschland und Europa. Es besieht nicht die geringste Gefahr, daß de Gaulle, etwa an dem Ende des Bundesjahres, wie es in manchen deutschen Kreisen anzudeuten scheint, Besser und vernünftiger ist, es an Unparteilichkeit der Demokratie zu glauben. Europa kann nur dann als Einheit aus dem Chaos emporwachsen, wenn alle seine Mitglieder bewußt und vorbehaltlos demokratisch sind. A. F.

Staatbürger I. bis III. Klasse

In einer Wirtschaftszeitung bespricht sich ein Betriebsführer über ein Reiseerlebnis, das er in einem Nachschneidung nach Hamburg hatte. Er war in einen D-Zugwagen II. Klasse gekommen, in dem ein einzelner Herr saß, während alle anderen Plätze dieses Wagens leer waren. Nach zwei Stunden kam der O.Ho. ein und warf den Reisenden hinaus, da man für diesen Wagen einen Ausweis als „Behördenvertreter“ haben müßte. Der Kaufmann, der den ganz leeren Wagen verlassen und sich in seinem Abteil III. Klasse quetschen. Er bittet um einen Ausweis als Mitglied der Industrie- und Handelskammer, doch der O.Ho. behauptet, er würde nicht gelte, denn die Behörden würden doch schließlich von der Wirtschaft bezahlt. Man möchte diese Fragen fortsetzen durch die Anfrage, wer eigentlich die „Wirtschaft“ bezahlt oder durch wen sie bezahlt wird. Es wird wohl der Mann sein, für den man den schönen Titel: „Normalverbraucher“ gefunden hat, denn er ist es, der am Ende alles bezahlt. Auf drückt er sich denn auch in stummem Widerspruch, wenn er überflüssig den Abteil III. Klasse herum, denn er ist in seinem großen Wagen mit den vielen leeren Plätzen anfangen soll. Der Kaufmann, der sich neben dem Mann in der Sonderklasse zu stellen, er fühlt sich als Staatsbürger II. Klasse und damit hat er nach unserer ganzen Praxis auch einen Ausweis als Staatsbürger II. Klasse. Der gut gekleidete Staatsbürger III. Klasse wird seine Behördenvorteile schon ruhig schlafen lassen. Im Zuge und auch sonst. Glückliche Reise!

Das freie Wort

Die Blecherei, Installateur- und Kupferschmiedewerkstatt, Karlsruhe, Werderstr. 4, schreibt zur „Löhnerhöhung und Teuerungszulage“: Mit Wirkung vom 1. November 1946 für Württemberg und Baden am Blecherei, Installateur- und Kupferschmiedewerkstatt, Karlsruhe, Werderstr. 4, Löhnerhöhung von 4% und 12% Teuerungszulage für die Monate November, Dezember und Januar beschlossen und gewährt worden. Auswirkung: von der Teuerungszulage der seiltemweise steuerpflichtig sein soll, bekommt die Steuerbehörde, da alle Arbeiter und Angestellte mit der Teuerungszulage zu einem erheblichen, niedrigen, gekennzeichneten Steuerbetrag. Diese Tatsache entspricht durchaus nicht dem Grundsatz der Gleichheit vor dem Gesetz, wo gekennzeichneten Steuerbetrag, eine Änderung daran scheitern am Steuerparagrafen. Frage: Wo bleibt hier die reine Vernunft und das Gerechtigkeit und wo ist ein Ende abzusehen?

Kanada beteiligt sich nicht

Paris, 2. Dez. (AP). Kanada hat ein informelles britisches Versuchen um seine Teilnahme an der Berliner Luftversorgung abgelehnt, wie am vergangenen Mittwoch amtlich mitgeteilt wurde. Ein Angehöriger der kanadischen Delegation in Paris erklärte, die britischen Vertreter hätten die Frage am Wochenende während des Besuchs des kanadischen Außenministers Lester B. Pearson in Berlin informell aufgeworfen. Dabe hätten sie auf die Beteiligung Australiens, Neuseelands und Südafrikas an der Luftversorgung durch Stellung von Mannschaften, Personal und Flugzeugen hingewiesen. Pearson hat jedoch erwidert haben, die kanadische Regierung erwäge kein Mitwirken an der Luftbrücke. Nach Angaben des offiziellen Sprechers waren für die Weigerung Kanadas mehrere Überlegungen maßgebend. Als einer der Gründe wurde angeführt, daß Kanada niemals offiziell zur Teilnahme an der Luftversorgung aufgefordert worden an der Besetzung Deutschlands beteiligt, obwohl es eine solche Beteiligung ausdrücklich gewünscht hat, als seienerzeit die Bedingungen für die deutsche Kapitulation erörtert wurden. Kanada soll außerdem geltend gemacht haben, daß es sich als „neutrales“ Mitglied der Sicherheitsrats nicht zur Teilnahme an der Luftbrücke berechtigt glaube, solange der Ost-West-Konflikt wegen Berlin auf der Tagesordnung des Rates stehe.

Wachsender Nationalismus in Asien

Politische Unruhe und wirtschaftliche Revolten machen den bisher unterwürfigen Fernen Osten, durch wachsenden Nationalismus, zu einem der gefährlichsten Punkte der Welt von heute. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung der Welt lebt in Ostasien und auf den angrenzenden Inseln. In der Vergangenheit konnte diese Tatsache vom Westen als eine bloße arithmetische Kuriosität hingemommen werden, denn die Geschichte dieser Millionen wurden durch europäische Mächte gelenkt. Sie selbst waren politisch unbedeutend. Aber ob es uns jetzt recht ist oder nicht — die Periode, in der Europa die Kontrolle über Asien hatte, geht schnell ihrem Ende entgegen. Der Ferne Osten ist ein neuer Osten. Nationalismus ist die dominierende politische Kraft im ganzen Gebiet. In ihrer höchsten Form ist sie ein neuer Stolz auf die eigene nationale Kultur und Tradition und die dabei empfindene Beglückung, und die Unterordnungstrennung Familien- und Stammesinteressen unter eine breitere nationale Loyalität. Die negative Seite des asiatischen Nationalismus ist es, die den Westen am stärksten betroffen hat. Die Völker Asiens stehen in einer Revolte gegen die „politische Beherrschung“ durch Fremde. Politisch gesehen, richtet sich diese Revolte hauptsächlich gegen die Kolonialmächte Europas. Wirtschaftlich gesehen ist es eine Revolte gegen alle Fremden, ob europäischer oder asiatischer Herkunft. Es leben z. B. 12 Millionen Chinesen in Südostasien, deren geschäftliche Er-

Sonderkomitee einen unruhigen Waffenstillstand

zwischen den holländischen Behörden und der indonesischen Republik herzustellen. Aber in Französisch-Indochina dauern die Kämpfe zwischen den vietnamesischen Streitkräften von Viet Minh mit schweren Verlusten auf beiden Seiten an. Es wäre töricht, den militärischen Ausgang dieser Operationen vorherzusagen zu wollen. Die französischen und holländischen Streitkräfte sind in Ausbildung, Ausrüstung und Nachschub weit überlegen. Von rein militärischen Standpunkt aus liegen die Aussichten gut; aber politische und wirtschaftliche Erwägungen komplizieren ihre Aufgabe erheblich. Es ist bereits klar geworden, daß die Gewinnung nationaler Unabhängigkeit an sich noch nicht zur Befriedigung der täglichen Bedürfnisse des gewöhnlichen Volkes beiträgt. Sie ist keine Lösung für ihre wirtschaftlichen Probleme — wie man existieren soll, oder ihrer politischen Probleme — wie man zusammenleben soll. Man nehme das heutige China. Nach 7 Jahren Krieg wurde es von der japanischen Besetzung befreit. Es wurde als Großmacht anerkannt, mit Sitz im Sicherheitsrat, einschließlich der geschätzten Voterechte. Und das Ergebnis? Nicht das Japaner, sondern den Chinesen blieb es überlassen, die chinesische Einheit zu zerstören. General Teuchangkaishek hat erklärt, die primäre Aufgabe der Nationalregierung sei die Fortsetzung des Bürgerkrieges. Seine Regierung gibt infolgedessen vier Fünftel ihrer Einkünfte für die Bekämpfung ihrer kommunistischen Bürger gegen ihre Bekämpfung von Armut, Hunger und Krankheit bleibt ihr nur wenig übrig. Sich durch Bürgerkrieg selbst zu zerstören, ist für eine Nation, die in

Herr de Gaulle und das Ich

Im Originaltext der sensationellen letzten Rede de Gaulles in Paris vom 17. November finden wir einen Satz, der die deutsche Nachrichtenbüros und die Presse gegenseitig dann haben wir Pfänder in unseren Händen, und ich war es, der sie nicht wieder die Saar, das linke Rheinufer, Baden, ein Stück von Württemberg. Ich habe sie genommen, und ich werde ihnen jetzt sogar sagen, daß ich nur deshalb Stuttgart in offener Feldschlacht besetzen ließ, und daß ich nur darin einwilligte, es wieder herauszugeben, als ich sicher war, daß wir auf dem linken Rheinufer bleiben würden, wo wir damals nicht waren.“ Die Freude über diese Sätze war in Washington nicht sehr beträchtlich. Amerikanische Zeitungen wiesen bitter darauf hin, daß es Frankreich nur der Fürsprache Stalins verdanke, daß es als Besatzungsmacht überhaupt zugelassen wurde. Die französischen Truppen, die damals nach Süddeutschland vordrangen, standen unter amerikanischem Oberbefehl und waren von Amerikanern ausgerüstet worden. Während sich die letzten Reste der deutschen Armee in einem ebenso törichtem wie strategisch klumpen, Widerstand in Crailsheim verkrampten, konnten die Franzosen, ohne beläunig ernsthafte Widerstand zu finden, die Landeshauptstadt besetzen. Das sind jetzt historische Reminiszenzen. Wir glauben sie längst erledigt. Aber sie gewinnen im Munde de Gaulles ein gespanntes neues Leben, denn sie erinneren uns daran, daß die Aussprüche Ludwigs XIV. während der drei Raubkriege gegen das damals zerstückelte und wehrlose Deutsche Reich, das seinen Existenzkampf gegen die Türken kämpfte. (DUD)

Titel im Osten

Man kann sich nicht vorstellen, daß in Sowjetrußland jemand begrüßt würde mit: „Guten Tag, Herr Geheimrat“. Haben die Ehre, Herr Kommerzienrat! Titel scheinen nicht in dieses Land zu passen und mit Stämmen sieht man schon auf die Schultern der Offiziere. Aber es ist schließlich alles Gewohnheit, ob man nun die „Frau Reichsrat“ begrüßt oder „Vorfrühlich ruft: „Guten Morgen, Frau Heldin der Arbeit“. Diese Titel erhalten jetzt unsere deutschen Landsleute hinter dem Vorhang, und soeben wurde eine Bauernfrau in Nordhausen zur „Heldin der Arbeit“ ernannt, die einen Ferkel einer verdenden Mutter aus mit dem sie gezeugt hatte. — Man gibt sich auch sonst alle Mühe mit Illusionen. Zwar kann man das Leben der Werktätigen nur schwer verbessern, weil von der Besatzungsmacht zuviel aus der gemeinsamen Schüssel

Ein Buch zu Weihnachten

Ein Geschenk das immer erfreut... Im Schwerdtfeger-Verlag K'he erschienen: Pitcairn-Insel Die Meuterei auf der Bounty v. Charles Nordhoff u. I. N. Hall Der große Abenteuerroman voll Spannung und Dramatik. DM 6.- Ninon Radue v. Henry Wolf • Ein in Handlung und Psychologie meisterlicher, von Leben und Erleben vibrierender Klein-Roman von einer faszinierenden Frau. DM 2.- Zu beziehen durch den Buchhandel und Verlag SCHWERTFEGER-VERLAG Karlsruhe Lammstraße 1b-5

Wachsender Nationalismus in Asien

Politische Unruhe und wirtschaftliche Revolten machen den bisher unterwürfigen Fernen Osten, durch wachsenden Nationalismus, zu einem der gefährlichsten Punkte der Welt von heute. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung der Welt lebt in Ostasien und auf den angrenzenden Inseln. In der Vergangenheit konnte diese Tatsache vom Westen als eine bloße arithmetische Kuriosität hingemommen werden, denn die Geschichte dieser Millionen wurden durch europäische Mächte gelenkt. Sie selbst waren politisch unbedeutend. Aber ob es uns jetzt recht ist oder nicht — die Periode, in der Europa die Kontrolle über Asien hatte, geht schnell ihrem Ende entgegen. Der Ferne Osten ist ein neuer Osten. Nationalismus ist die dominierende politische Kraft im ganzen Gebiet. In ihrer höchsten Form ist sie ein neuer Stolz auf die eigene nationale Kultur und Tradition und die dabei empfindene Beglückung, und die Unterordnungstrennung Familien- und Stammesinteressen unter eine breitere nationale Loyalität. Die negative Seite des asiatischen Nationalismus ist es, die den Westen am stärksten betroffen hat. Die Völker Asiens stehen in einer Revolte gegen die „politische Beherrschung“ durch Fremde. Politisch gesehen, richtet sich diese Revolte hauptsächlich gegen die Kolonialmächte Europas. Wirtschaftlich gesehen ist es eine Revolte gegen alle Fremden, ob europäischer oder asiatischer Herkunft. Es leben z. B. 12 Millionen Chinesen in Südostasien, deren geschäftliche Er-

Sonderkomitee einen unruhigen Waffenstillstand

zwischen den holländischen Behörden und der indonesischen Republik herzustellen. Aber in Französisch-Indochina dauern die Kämpfe zwischen den vietnamesischen Streitkräften von Viet Minh mit schweren Verlusten auf beiden Seiten an. Es wäre töricht, den militärischen Ausgang dieser Operationen vorherzusagen zu wollen. Die französischen und holländischen Streitkräfte sind in Ausbildung, Ausrüstung und Nachschub weit überlegen. Von rein militärischen Standpunkt aus liegen die Aussichten gut; aber politische und wirtschaftliche Erwägungen komplizieren ihre Aufgabe erheblich. Es ist bereits klar geworden, daß die Gewinnung nationaler Unabhängigkeit an sich noch nicht zur Befriedigung der täglichen Bedürfnisse des gewöhnlichen Volkes beiträgt. Sie ist keine Lösung für ihre wirtschaftlichen Probleme — wie man existieren soll, oder ihrer politischen Probleme — wie man zusammenleben soll. Man nehme das heutige China. Nach 7 Jahren Krieg wurde es von der japanischen Besetzung befreit. Es wurde als Großmacht anerkannt, mit Sitz im Sicherheitsrat, einschließlich der geschätzten Voterechte. Und das Ergebnis? Nicht das Japaner, sondern den Chinesen blieb es überlassen, die chinesische Einheit zu zerstören. General Teuchangkaishek hat erklärt, die primäre Aufgabe der Nationalregierung sei die Fortsetzung des Bürgerkrieges. Seine Regierung gibt infolgedessen vier Fünftel ihrer Einkünfte für die Bekämpfung ihrer kommunistischen Bürger gegen ihre Bekämpfung von Armut, Hunger und Krankheit bleibt ihr nur wenig übrig. Sich durch Bürgerkrieg selbst zu zerstören, ist für eine Nation, die in

Herr de Gaulle und das Ich

Im Originaltext der sensationellen letzten Rede de Gaulles in Paris vom 17. November finden wir einen Satz, der die deutsche Nachrichtenbüros und die Presse gegenseitig dann haben wir Pfänder in unseren Händen, und ich war es, der sie nicht wieder die Saar, das linke Rheinufer, Baden, ein Stück von Württemberg. Ich habe sie genommen, und ich werde ihnen jetzt sogar sagen, daß ich nur deshalb Stuttgart in offener Feldschlacht besetzen ließ, und daß ich nur darin einwilligte, es wieder herauszugeben, als ich sicher war, daß wir auf dem linken Rheinufer bleiben würden, wo wir damals nicht waren.“ Die Freude über diese Sätze war in Washington nicht sehr beträchtlich. Amerikanische Zeitungen wiesen bitter darauf hin, daß es Frankreich nur der Fürsprache Stalins verdanke, daß es als Besatzungsmacht überhaupt zugelassen wurde. Die französischen Truppen, die damals nach Süddeutschland vordrangen, standen unter amerikanischem Oberbefehl und waren von Amerikanern ausgerüstet worden. Während sich die letzten Reste der deutschen Armee in einem ebenso törichtem wie strategisch klumpen, Widerstand in Crailsheim verkrampten, konnten die Franzosen, ohne beläunig ernsthafte Widerstand zu finden, die Landeshauptstadt besetzen. Das sind jetzt historische Reminiszenzen. Wir glauben sie längst erledigt. Aber sie gewinnen im Munde de Gaulles ein gespanntes neues Leben, denn sie erinneren uns daran, daß die Aussprüche Ludwigs XIV. während der drei Raubkriege gegen das damals zerstückelte und wehrlose Deutsche Reich, das seinen Existenzkampf gegen die Türken kämpfte. (DUD)

Ein Buch zu Weihnachten

Ein Geschenk das immer erfreut... Im Schwerdtfeger-Verlag K'he erschienen: Pitcairn-Insel Die Meuterei auf der Bounty v. Charles Nordhoff u. I. N. Hall Der große Abenteuerroman voll Spannung und Dramatik. DM 6.- Ninon Radue v. Henry Wolf • Ein in Handlung und Psychologie meisterlicher, von Leben und Erleben vibrierender Klein-Roman von einer faszinierenden Frau. DM 2.- Zu beziehen durch den Buchhandel und Verlag SCHWERTFEGER-VERLAG Karlsruhe Lammstraße 1b-5

Wachsender Nationalismus in Asien

Politische Unruhe und wirtschaftliche Revolten machen den bisher unterwürfigen Fernen Osten, durch wachsenden Nationalismus, zu einem der gefährlichsten Punkte der Welt von heute. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung der Welt lebt in Ostasien und auf den angrenzenden Inseln. In der Vergangenheit konnte diese Tatsache vom Westen als eine bloße arithmetische Kuriosität hingemommen werden, denn die Geschichte dieser Millionen wurden durch europäische Mächte gelenkt. Sie selbst waren politisch unbedeutend. Aber ob es uns jetzt recht ist oder nicht — die Periode, in der Europa die Kontrolle über Asien hatte, geht schnell ihrem Ende entgegen. Der Ferne Osten ist ein neuer Osten. Nationalismus ist die dominierende politische Kraft im ganzen Gebiet. In ihrer höchsten Form ist sie ein neuer Stolz auf die eigene nationale Kultur und Tradition und die dabei empfindene Beglückung, und die Unterordnungstrennung Familien- und Stammesinteressen unter eine breitere nationale Loyalität. Die negative Seite des asiatischen Nationalismus ist es, die den Westen am stärksten betroffen hat. Die Völker Asiens stehen in einer Revolte gegen die „politische Beherrschung“ durch Fremde. Politisch gesehen, richtet sich diese Revolte hauptsächlich gegen die Kolonialmächte Europas. Wirtschaftlich gesehen ist es eine Revolte gegen alle Fremden, ob europäischer oder asiatischer Herkunft. Es leben z. B. 12 Millionen Chinesen in Südostasien, deren geschäftliche Er-

Sonderkomitee einen unruhigen Waffenstillstand

zwischen den holländischen Behörden und der indonesischen Republik herzustellen. Aber in Französisch-Indochina dauern die Kämpfe zwischen den vietnamesischen Streitkräften von Viet Minh mit schweren Verlusten auf beiden Seiten an. Es wäre töricht, den militärischen Ausgang dieser Operationen vorherzusagen zu wollen. Die französischen und holländischen Streitkräfte sind in Ausbildung, Ausrüstung und Nachschub weit überlegen. Von rein militärischen Standpunkt aus liegen die Aussichten gut; aber politische und wirtschaftliche Erwägungen komplizieren ihre Aufgabe erheblich. Es ist bereits klar geworden, daß die Gewinnung nationaler Unabhängigkeit an sich noch nicht zur Befriedigung der täglichen Bedürfnisse des gewöhnlichen Volkes beiträgt. Sie ist keine Lösung für ihre wirtschaftlichen Probleme — wie man existieren soll, oder ihrer politischen Probleme — wie man zusammenleben soll. Man nehme das heutige China. Nach 7 Jahren Krieg wurde es von der japanischen Besetzung befreit. Es wurde als Großmacht anerkannt, mit Sitz im Sicherheitsrat, einschließlich der geschätzten Voterechte. Und das Ergebnis? Nicht das Japaner, sondern den Chinesen blieb es überlassen, die chinesische Einheit zu zerstören. General Teuchangkaishek hat erklärt, die primäre Aufgabe der Nationalregierung sei die Fortsetzung des Bürgerkrieges. Seine Regierung gibt infolgedessen vier Fünftel ihrer Einkünfte für die Bekämpfung ihrer kommunistischen Bürger gegen ihre Bekämpfung von Armut, Hunger und Krankheit bleibt ihr nur wenig übrig. Sich durch Bürgerkrieg selbst zu zerstören, ist für eine Nation, die in

Herr de Gaulle und das Ich

Im Originaltext der sensationellen letzten Rede de Gaulles in Paris vom 17. November finden wir einen Satz, der die deutsche Nachrichtenbüros und die Presse gegenseitig dann haben wir Pfänder in unseren Händen, und ich war es, der sie nicht wieder die Saar, das linke Rheinufer, Baden, ein Stück von Württemberg. Ich habe sie genommen, und ich werde ihnen jetzt sogar sagen, daß ich nur deshalb Stuttgart in offener Feldschlacht besetzen ließ, und daß ich nur darin einwilligte, es wieder herauszugeben, als ich sicher war, daß wir auf dem linken Rheinufer bleiben würden, wo wir damals nicht waren.“ Die Freude über diese Sätze war in Washington nicht sehr beträchtlich. Amerikanische Zeitungen wiesen bitter darauf hin, daß es Frankreich nur der Fürsprache Stalins verdanke, daß es als Besatzungsmacht überhaupt zugelassen wurde. Die französischen Truppen, die damals nach Süddeutschland vordrangen, standen unter amerikanischem Oberbefehl und waren von Amerikanern ausgerüstet worden. Während sich die letzten Reste der deutschen Armee in einem ebenso törichtem wie strategisch klumpen, Widerstand in Crailsheim verkrampten, konnten die Franzosen, ohne beläunig ernsthafte Widerstand zu finden, die Landeshauptstadt besetzen. Das sind jetzt historische Reminiszenzen. Wir glauben sie längst erledigt. Aber sie gewinnen im Munde de Gaulles ein gespanntes neues Leben, denn sie erinneren uns daran, daß die Aussprüche Ludwigs XIV. während der drei Raubkriege gegen das damals zerstückelte und wehrlose Deutsche Reich, das seinen Existenzkampf gegen die Türken kämpfte. (DUD)

Ein Buch zu Weihnachten

Ein Geschenk das immer erfreut... Im Schwerdtfeger-Verlag K'he erschienen: Pitcairn-Insel Die Meuterei auf der Bounty v. Charles Nordhoff u. I. N. Hall Der große Abenteuerroman voll Spannung und Dramatik. DM 6.- Ninon Radue v. Henry Wolf • Ein in Handlung und Psychologie meisterlicher, von Leben und Erleben vibrierender Klein-Roman von einer faszinierenden Frau. DM 2.- Zu beziehen durch den Buchhandel und Verlag SCHWERTFEGER-VERLAG Karlsruhe Lammstraße 1b-5

Wachsender Nationalismus in Asien

Politische Unruhe und wirtschaftliche Revolten machen den bisher unterwürfigen Fernen Osten, durch wachsenden Nationalismus, zu einem der gefährlichsten Punkte der Welt von heute. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung der Welt lebt in Ostasien und auf den angrenzenden Inseln. In der Vergangenheit konnte diese Tatsache vom Westen als eine bloße arithmetische Kuriosität hingemommen werden, denn die Geschichte dieser Millionen wurden durch europäische Mächte gelenkt. Sie selbst waren politisch unbedeutend. Aber ob es uns jetzt recht ist oder nicht — die Periode, in der Europa die Kontrolle über Asien hatte, geht schnell ihrem Ende entgegen. Der Ferne Osten ist ein neuer Osten. Nationalismus ist die dominierende politische Kraft im ganzen Gebiet. In ihrer höchsten Form ist sie ein neuer Stolz auf die eigene nationale Kultur und Tradition und die dabei empfindene Beglückung, und die Unterordnungstrennung Familien- und Stammesinteressen unter eine breitere nationale Loyalität. Die negative Seite des asiatischen Nationalismus ist es, die den Westen am stärksten betroffen hat. Die Völker Asiens stehen in einer Revolte gegen die „politische Beherrschung“ durch Fremde. Politisch gesehen, richtet sich diese Revolte hauptsächlich gegen die Kolonialmächte Europas. Wirtschaftlich gesehen ist es eine Revolte gegen alle Fremden, ob europäischer oder asiatischer Herkunft. Es leben z. B. 12 Millionen Chinesen in Südostasien, deren geschäftliche Er-

Sonderkomitee einen unruhigen Waffenstillstand

zwischen den holländischen Behörden und der indonesischen Republik herzustellen. Aber in Französisch-Indochina dauern die Kämpfe zwischen den vietnamesischen Streitkräften von Viet Minh mit schweren Verlusten auf beiden Seiten an. Es wäre töricht, den militärischen Ausgang dieser Operationen vorherzusagen zu wollen. Die französischen und holländischen Streitkräfte sind in Ausbildung, Ausrüstung und Nachschub weit überlegen. Von rein militärischen Standpunkt aus liegen die Aussichten gut; aber politische und wirtschaftliche Erwägungen komplizieren ihre Aufgabe erheblich. Es ist bereits klar geworden, daß die Gewinnung nationaler Unabhängigkeit an sich noch nicht zur Befriedigung der täglichen Bedürfnisse des gewöhnlichen Volkes beiträgt. Sie ist keine Lösung für ihre wirtschaftlichen Probleme — wie man existieren soll, oder ihrer politischen Probleme — wie man zusammenleben soll. Man nehme das heutige China. Nach 7 Jahren Krieg wurde es von der japanischen Besetzung befreit. Es wurde als Großmacht anerkannt, mit Sitz im Sicherheitsrat, einschließlich der geschätzten Voterechte. Und das Ergebnis? Nicht das Japaner, sondern den Chinesen blieb es überlassen, die chinesische Einheit zu zerstören. General Teuchangkaishek hat erklärt, die primäre Aufgabe der Nationalregierung sei die Fortsetzung des Bürgerkrieges. Seine Regierung gibt infolgedessen vier Fünftel ihrer Einkünfte für die Bekämpfung ihrer kommunistischen Bürger gegen ihre Bekämpfung von Armut, Hunger und Krankheit bleibt ihr nur wenig übrig. Sich durch Bürgerkrieg selbst zu zerstören, ist für eine Nation, die in

Herr de Gaulle und das Ich

Im Originaltext der sensationellen letzten Rede de Gaulles in Paris vom 17. November finden wir einen Satz, der die deutsche Nachrichtenbüros und die Presse gegenseitig dann haben wir Pfänder in unseren Händen, und ich war es, der sie nicht wieder die Saar, das linke Rheinufer, Baden, ein Stück von Württemberg. Ich habe sie genommen, und ich werde ihnen jetzt sogar sagen, daß ich nur deshalb Stuttgart in offener Feldschlacht besetzen ließ, und daß ich nur darin einwilligte, es wieder herauszugeben, als ich sicher war, daß wir auf dem linken Rheinufer bleiben würden, wo wir damals nicht waren.“ Die Freude über diese Sätze war in Washington nicht sehr beträchtlich. Amerikanische Zeitungen wiesen bitter darauf hin, daß es Frankreich nur der Fürsprache Stalins verdanke, daß es als Besatzungsmacht überhaupt zugelassen wurde. Die französischen Truppen, die damals nach Süddeutschland vordrangen, standen unter amerikanischem Oberbefehl und waren von Amerikanern ausgerüstet worden. Während sich die letzten Reste der deutschen Armee in einem ebenso törichtem wie strategisch klumpen, Widerstand in Crailsheim verkrampten, konnten die Franzosen, ohne beläunig ernsthafte Widerstand zu finden, die Landeshauptstadt besetzen. Das sind jetzt historische Reminiszenzen. Wir glauben sie längst erledigt. Aber sie gewinnen im Munde de Gaulles ein gespanntes neues Leben, denn sie erinneren uns daran, daß die Aussprüche Ludwigs XIV. während der drei Raubkriege gegen das damals zerstückelte und wehrlose Deutsche Reich, das seinen Existenzkampf gegen die Türken kämpfte. (DUD)

Ein Buch zu Weihnachten

Ein Geschenk das immer erfreut... Im Schwerdtfeger-Verlag K'he erschienen: Pitcairn-Insel Die Meuterei auf der Bounty v. Charles Nordhoff u. I. N. Hall Der große Abenteuerroman voll Spannung und Dramatik. DM 6.- Ninon Radue v. Henry Wolf • Ein in Handlung und Psychologie meisterlicher, von Leben und Erleben vibrierender Klein-Roman von einer faszinierenden Frau. DM 2.- Zu beziehen durch den Buchhandel und Verlag SCHWERTFEGER-VERLAG Karlsruhe Lammstraße 1b-5

Die Rationen der DP's

Auf den bisherigen Forumveranstaltungen im Landkreis Karlsruhe wurde mehrmals nach der Höhe der Rationen...

Wird die Entrümmernung fortgeführt?

Vorläufige Kündigung wird aufrecht erhalten - Staat und Stadt um Kredite bemüht

Nachdem am 30. November 1948 die vorläufige Kündigungsfrist abließ, mußte man die Entscheidung...

Table with 3 columns: Ort, geräumt, noch zu räumen. Lists locations like Karlsruhe, Mannheim, Pforzheim, etc.

Die Geldnot hat die Fortführung der Schuttentrümmern gefährdet. Seit Wochen sind alle Beteiligten bemüht, das Geld zur Fortführung aufzubringen...

KURZE STADTNOTIZEN

Eine traurige Bilanz. Am 4. Dezember jährt sich zum vierten Male der letzte und schwerste Luftangriff des vergangenen Krieges auf Karlsruhe...

Wer hat am besten aufgeräumt?

Karlsruhe hat am besten aufgeräumt. Karlsruhe hat am besten aufgeräumt. Karlsruhe hat am besten aufgeräumt...

Aus den Karlsruher Vortragsälen

8000 Jahre Schiffbau. Über die Entwicklung des Schiffbaus sprach in einer Vortragsreihe des Akademischen Vereins...

Verdienter Heimatforscher gestorben

Am 30. November starb in Durlach Postinspektor R. Friedrich Beyerle im Alter von 71 Jahren...

Reisen in Süd-Chile und Patagonien

Die Länge Chiles, dieses schmalen Landes, beträgt 4200 km. Die Breite beträgt nur 160 bis 180 km...

Wie wird das Wetter?

Beendigung der Nebelge. Vorhersage bis Samstag früh: Am Freitag bei aufkommendem Südwind...

Muskelkrampf hervorgerufen. Es war offenbar geplant, das Pferd im Verlaufe der Jagd über ein Hindernis zu stürzen...

„Um Gottes willen“, stammelte Roger entsetzt. „Sie sagen mir doch oben, es sei nicht geschehen.“

Der Herr des Fünfecks

Kriminalroman von Peter Paul Bertram. Nachdruck Promelhaus-Roman

„Das verstehen Sie nicht, Mr. Denison“, entgegnete Danby resigniert. „Das Schreckliche liegt eben darin, daß ich verloren bin, wenn er nicht tut.“

Telepathie, Graphologie, Autosuggestion

Nena Kara experimentierte im Großen Haus des Badischen Staatstheaters

Das Publikum strömte, wie man es dem Staatstheater immer wünschen möchte, Experimente genossen zu unserer Zeit...

Schachpublikum Nr. 64

Kontrollstellung: W. Kar, F. B. 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.

England schlägt die Schweiz 6:0

Geglückte Revanche - Schweizer Torhüter Corradi verhindert höhere Niederlage. Die englische Fußball-Nationalmannschaft bewies mit ihrem überragenden 6:0-Erfolg über die Eidgenossen...

